



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/53

3. März 1950

Der SPD-Pressedienst hatte vor einiger Zeit einen Beitrag veröffentlicht, der sich für die Methode der direkten Rundfunkübertragungen aus dem Bundeshaus ausgesprochen hatte. Heute folgt ein Beitrag, der das gleiche Problem sehr skeptisch beurteilt. Wir halten ihn für recht interessant. D.Red.

Rundfunk aus dem Bundestag

Von Walter D. Schultz

In einem Irrtum befangen ist, wer glaubt, durch direkte Übertragungen aus dem Bundestag das Gefühl des unmittelbaren "Dabei-

Seins" erzeugen und breite Kreise in ganz besonderem Masse politisch aktivieren zu können. Das politische Interesse wird gewöhn-

lich nur dann in breiten Schichten erweckt und wirksam, wenn elementare Dinge auf dem Spiele stehen, unabhängig, ob man den Rund-

funk einsetzt oder nicht. Das ist der Fall nicht nur in Deutschland, sondern auch in den USA, in England und in anderen westeu-

ropäischen Ländern.

Bezweifeln darf man auch, dass ^{wie} - behauptet worden ist - die ernsthafte Presse weniger Objektiv berichtet als der Funk, voraus-

gesetzt, dass die Berichterstatter etwas taugen. Parlamentsberichte aus sachlicher Feder geben ein objektiveres Bild als Rundfunk-

übertragungen, die ja, aus zeitlichen Gründen schon, nur Ausschnitte senden können. Direkte Übertragungen, durchsetzt mit Zwischen-

rufen, Szenen, Geräuschen, können nicht immer nach der sachlichen Qualität ihres Inhaltes, sondern müssen nur zu oft nach ihrer

Aktualität oder der Wichtigkeit des Anlasses ausgewählt werden. "Anlässen" wieder haftet nicht selten ein Sensationselement an.

Das Sensationelle aber ist gerade für diese Berichterstattung Gift: niemals wirken Argumente weniger sachlich, als wenn sie aus

der ganz natürlichen Kampfatmosphäre des Parlaments auf den Hörer eindringen. Gerade hier versachlicht das Gedruckte mehr als

der Ton, das Mittelbare mehr als das Unmittelbare.

Mit guten Gründen hat die nüchterne, stabile englische Parlamentspolitik es sich verboten, unter Massenkontrolle gestellt

zu werden. Im Verhandlungssaal beider Häuser ist das Aufstellen von Mikrofonen verboten. Erst kürzlich wurde dieser Beschluss einstimmig bekräftigt. Nicht zuletzt deswegen, um zu verhüten, dass die Abgeordneten statt zum Hause und zur Sache, zur Öffentlichkeit und auf propagandistische Wirkung bedacht sprechen. Britische Minister begeben sich ins Funkhaus oder sprechen aus ihrem Arbeitszimmer.

Direkte Übertragungen aus dem Parlament können auch dazu führen, dass die Methode, die Demokratie als Institution, diskreditiert wird, zumal für die meisten Parlamentsleben und Demokratie identisch sind. Das akustische Bild des Plenums ist nicht die ganze, es ist knapp die halbe Wahrheit, zur ganzen gehört auch das Visuelle. Zu ihr gehört vor allem das Wissen, dass sich das Leben des Parlaments nicht nur im Plenum abspielt, sondern in den zahlreichen Ausschüssen, Fraktionen, Gruppen, in den Wandelgängen, in Einzelgesprächen und hier wahrscheinlich seinen wichtigeren Niederschlag findet. Der Funkausschnitt aus dem Plenum kann doch nur der Bruchteil eines Teiles des Parlamentslebens sein, nicht mehr.

Selbstverständlich soll die Öffentlichkeit unterrichtet werden. Es fragt sich, wie. Auch der Rundfunk soll und muss berichten. Er kann das durch eigene Rundfunkberichterstatter tun oder durch Gastredner. Schon im Beschreiben liegt ein Element der Objektivierung, verglichen mit der direkten Sendung. Eine zweite Möglichkeit wäre, Parlamentarier selbst im Rundfunk sprechen zu lassen, was nur zur Sachlichkeit erziehen kann, wenn auch über politische Gegner sachlich berichtet werden muss. Das schliesst nicht aus, dass bei Regierungserklärungen oder bei Erklärungen der Opposition eine direkte Übertragung veranstaltet wird. Bei allen übrigen Gelegenheiten sollte man mit diesem Mittel sparsam verfahren. Im übrigen soll ein Parlament von der Öffentlichkeit kontrolliert, aber es darf nicht durch Massenstimmungen in seinen souveränen Entschlüssen beeinflusst werden.

Der Ordnung halber sei noch hinzugefügt: Natürlich kommt es den Rundfunkgesellschaften und ihren Verantwortlichen nicht zu, Direktübertragungen abzulehnen. Ob direkte Übertragungen oder nicht, das ist eine politische Entscheidung, die den Parteien, dem Parlament und den dafür zuständigen Organen zusteht und ihnen allein. Aber ich glaube, dass sich die Bedenken der Rundfunkleute mit Bedenken von Parlamentariern begeben. Das Thema ist wichtig genug, um gründlich durchleuchtet zu werden.

Unterhaus ohne Moskaujünger

sp. Das atemberaubende Duell zwischen Labour und Konservativen steht erst in seinen Anfängen. Es hat den Blick abgelenkt von der Zertrümmerung der äussersten Linken in England. Aber es kann nicht der mindeste Zweifel darüber bestehen, dass dieser Triumph der Labour Party europäisch und weltpolitisch gesehen von kaum zu überschätzender Bedeutung ist, gerade weil er nicht nur die Kommunisten traf.

Die bedeutendste der Hintergrundfiguren der kommunistischen Partei Englands, Rajani Palme Dutt, hatte von vornherein gegen einen Ernest Bevin auch nicht den Schatten einer Aussicht auf Erfolg. Dennoch war seine vernichtende Niederlage unerwartet - er erhielt von rund 43.000 abgegebenen Stimmen im Wahlbezirk Ost-Woolwich nur 601 gegen die fast 27.000 Stimmen Bevins. Halb indischer, halb schwedischer Abstammung, ist R.P. Dutt als der Theoretiker des englischen Kommunismus gewiss von Wahlerfolgen oder -misserfolgen unabhängig, zumal er sich in seiner ganzen politischen Laufbahn stets der besonderen Gunst Moskaus erfreuen könnte.

Für Harry Pollitt, den Generalsekretär der kommunistischen Partei Englands, ist die Wahlniederlage persönlich wie politisch weit gefährlicher, da die Unzufriedenheit des Kreml mit ihm seit langem ein offenes Geheimnis ist. Er ist bereits einmal von Moskau zur Rechenschaft gezogen worden und durch ein öffentliches Bekenntnis seines "Irrtums" zu Kreuze gekrochen. Nun trägt er die Verantwortung dafür, dass der verhältnismässig grosse Einsatz der Partei in diesem Wahlkampf völlig nutzlos vertan worden ist.

Im neuen Unterhaus wird niemand mehr die Sache des Kreml in englischer Sprache vertreten, weder als erklärter Fackelträger der Weltrevolution, noch als Mitläufer, denn nicht nur die Kommunisten Gallacher und Biratin, die sozusagen zum eisernen Bestand des Hauses gehörten, wurden geschlagen, sondern auch die wegen ihres halbkommunistischen Kurses aus der Labour Party ausgeschlossenen vier Rebellen. Noch bezeichnender und aufschlussreicher ist die Niederlage einer so wichtigen politischen Figur wie Konni Zilliacus, der ebenfalls als Unabhängiger kandidierte, da die Labour Party ihn nicht mehr aufstellte, wenn sie ihn auch nicht offiziell ausschloss. Er war der eifrigste und wirkungsvollste Verfechter eines pro-sowjetischen Kurses, der einzige, der der Labour Party wirklich gefährlich werden konnte.

Zwei neue Labour-Minister

sp. Nach Umbildung des Labour-Kabinetts werden zwei neue Persönlichkeiten in die englische Regierung eintreten. Als Kabinettsminister für das Commonwealth Patrick Gordon-Walker und als Minister ausserhalb des engeren Kabinetts, für das Ressort Öffentliche Arbeiten, Richard Stokes.

Gordon-Walker ist für das Commonwealth-Ministerium kein neues Gesicht. Er war bereits im letzten Parlament Staatssekretär für dieses Ressort. 1907 geboren, absolvierte er die Universitäten Oxford und Wellington und war selbst in Oxford Dozent für Geschichte. Während des Krieges war er Mitglied der Redaktion des BBC-Europadienstes (engl. Rundfunk) und den Deutschen bekannt aus den Sendungen "Für den deutschen Arbeiter". Nach 1945 wechselte er völlig zur Politik über und gewann für die Labour Party die erste Nachwahl in S methwich (Oktober 1945). Der jetzt 42-Jährige konnte seinen Wahlkreis, den er 1945 den Konservativen abgenommen hatte, nicht nur behaupten, sondern bei der jüngsten Wahl noch 700 neue Stimmen dazugewinnen.

Richard Stokes ist ebenfalls in Deutschland kein Unbekannter. Bereits 1940 besuchte er als Labour-Abgeordneter Deutschland und äusserte: Man könne Deutschland nicht in der Verfassung eines Schweinestalles lassen, es gebe keinen Frieden, wenn Deutschland in einem verarmten Zustand belasse. 1897 geboren, besuchte er die Royal Militan Academy und das Trinitz-College in Cambridge (Universität), als aktiver Teilnehmer des ersten Weltkrieges wurde er ausgezeichnet. Stokes ist seit 1938 Mitglied des Parlaments für den Wahlkreis Ipswich. Als Direktor der Fa. Ramsames & Papier Ltd. ist er für Wirtschaftsfragen besonders sachverständig.

- 0 - 0 -

Wann kommt das Kündigungsschutz-Gesetz?

S.N. Von den Arbeitgeber-Verbänden und den Gewerkschaften wurde vom 9. bis 13. Januar 1950 in Hattonheim u.a. der Entwurf eines neuen Kündigungsschutz-Gesetzes erarbeitet. Nach Auffassung der Gewerkschaften stellt dieser Entwurf insofern einen Fortschritt dar, als im Vergleich zu den bis jetzt bestehenden Regelungen ein bedeutend erweiterter Geltungsbereich vorgesehen ist. So werden z.B. auch alle landwirtschaftlichen und Handwerks-Betriebe mit mehr als drei Arbeitnehmern (ausschliesslich der Lehrlinge) einbezogen.

Der Gesetzentwurf enthält keine Neuerungen bezüglich des Kündigungsschutzes von Betriebsratsmitgliedern, die weiterhin nur bei Vorliegen besonders wichtiger Gründe oder bei Stilllegung des Betriebes entlassen werden können.

Obwohl fast zwei Monate seitdem verstrichen sind und der Gesetzentwurf dem Arbeitsministerium unmittelbar zugeleitet wurde, ist ein Entwurf zum Kündigungsschutz-Gesetz dem Bundestag bisher nicht zur Beratung zugegangen. In gewerkschaftlichen Kreisen herrscht darüber grösste Verwunderung.

- 0 - 0 -

Das ausgefegte Stalinbild

sp. Der Kriegsgefangene Heinz Sch. wurde zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt, weil er bei der Säuberung eines Schuppens einen vergilbten Zeitungsausschnitt mit dem Bilde Stalins mit ausgefegt; teilt die Kriegsgefangenenhilfe der SPD mit.

+

Zu 25 Jahren Zwangsarbeit wurde Georg Lejeune-Jung, der Sohn des ehemaligen Reichstagsabgeordneten, im Kriegsgefangenenlager 7362/5 (Stalingrad) verurteilt, weil er als Hauptmann Adjutant des Festungskommandanten in Posen war. Der Vater Lejeune-Jung wurde wegen Teilnahme an der Verschwörung des 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

- 0 - 0 -

Am 3. März konnte Carl S t o r b e c k, Geschäftsführer der Konzentration G.m.b.H., Hannover seinen 70. Geburtstag in geistiger und körperlicher Frische begehen. Freunde aus allen Teilen Deutschlands beglückwünschten ihn herzlich und sprachen die Hoffnung aus, dass er noch manches weitere Jahr der Arbeit im Dienste der sozialistischen Idee und Presse widmen können.

Carl Storbeck trat vor 51 Jahren der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei und war seitdem als Parteifunktionär und für die sozialdemokratische Presse tätig - vorwiegend als Verlagsfachmann und Revisor. Als alter Sozialdemokrat war er während der nationalsozialistischen Zeit natürlich von seiner eigentlichen Berufstätigkeit ausgeschlossen. Nach dem Ende des Krieges hat sich Carl Storbeck dann durch seine umfassenden Kenntnisse und seine Initiative bald wieder gegen mancherlei in den Umständen begründeten Widerstand durchgesetzt. Ganz besonders liegt ihm zur Zeit die Wiedergutmachung der der Sozialdemokratischen Partei und ihren Betrieben in der nationalsozialistischen Zeit zugefügten Schäden am Herzen. Das, was bis jetzt auf diesem Gebiet von ihm geleistet und erreicht worden ist, verdient grösste Anerkennung.

Es geht um 300.000 Deutsche
Kurz-Reportage aus Friedland

sp. Am Schlagbaum von Friedland, der Stätte, wo im Laufe der letzten drei Jahre Hunderttausende von Heimkehrern westdeutschen Boden betreten haben, spielte sich am Freitag eine Tragödie westdeutscher Ohnmacht ab. Drei Kilometer davon entfernt, im ostzonalen Grenzort Arenshausen warten frierend und verzweifelt 689 Deutsche aus Polen auf den Ausgang eines Ringens zwischen Menschlichkeit, Besatzungsstatut und östlicher Unberechenbarkeit.

Barhäuptig, die Spuren der nächtlichen hastigen Fahrt von Hannover nach Friedland in den Zügen, erläutert Flüchtlingsminister Albertz in knappen Worten den Journalisten die ungewöhnliche Situation: "Heute sollte der erste Transport mit 721 Deutschen im Rahmen der Aussiedlungsaktion aus Polen übernommen werden. Bekanntlich sollten zunächst 25.000 umgesiedelt werden. Die Sammelisten für 17.000 haben wir hier. Vorgestern abend wurde ich aus Bonn verständigt, dass die Polen nicht nur die vereinbarten 25.000, sondern sofort alle noch in Polen verbliebenen Deutschen evakuieren werden, das sind rund 250 bis 300.000 Menschen. Diese Mitteilung liegt beim englischen Hohen Kommissar vor. Die Alliierten haben darüber einen Schock bekommen, sie betrachten dies als einen Bruch des Abkommens über die "Aktion Link" (Umsiedlung von 25.000) und haben sofort die Grenze gesperrt. Nun wollen sie nur übernehmen, wer in der Liste der "Aktion Link" angeführt ist, alle anderen Evakuierten sollen zurück. An einem solchen Verfahren werden wir uns als Deutsche nicht beteiligen, wir lehnen jede Verantwortung dafür ab. Wir sind bereit, jeden Deutschen aufzunehmen, der aus Polen kommt, auch wenn es mehr als 25.000 sind."

Ein Beamter der englischen Landeskommission, offenbar ohne Kompetenzen und Instruktionen, blättert ratlos in einem dicken Ordner mit der Überschrift: "Refugees from Poland". Ein Blitzgespräch mit Goslar bringt Mr. Parnell von der Militärregierung herbei. Sechs deutsche Grenzbeamte vergleichen in seinem Auftrag die Namen der Transportlisten mit den 17.000 Namen der Aktion Link - eine Stunde lang, ohne auch nur einen Namen zu finden. Drei Stunden nun haben die 700 Menschen in Arenshausen bereits in der morgendlichen Kälte gewartet, aber es geht nicht nur um diese 700 Menschen. Minister Albertz betont es immer wieder: "Es geht um alle, die noch bei den Polen sind. Ihr Schicksal kann uns nicht gleichgültig sein".

Mr. Parnell verfolgt das vergebliche Bemühen der deutschen Grenzbeamten, aus 17.000 Namen hastig 700 herauszusuchen. Mr. Parnell resigniert, an seiner Stelle erscheint kurz darauf der englische Kommandeur des Grenzabschnittes. Er klemmt das umfangreiche Paket mit den 17.000 Namen und den Transportlisten unter den Arm und, flankiert von einem deutschen und einem russischen Dolmetscher, stakt er mit langen Schritten über das Niemandsland in Richtung Arenshausen. Er will das Schicksal der 700 an Ort und Stelle entscheiden. Aber er kann das Schicksal der 300.000 nicht entscheiden, die hinter diesen 700 warten.

Ein polnischer Überraschungsschlag, alliierte Ratlosigkeit und deutsche Ohnmacht - das ist die Atmosphäre, die sich am Schlagbaum von Friedland zu einem Schicksalsvotum für 300.000 Deutsche verdichtet.

(m/2/33/hb)